Der SPD Bundestags-Newsletter für Mittelfranken

AUSGABE 08

PLENUM 2022

In dieser Ausgabe:

THEMA DER WOCHE:
Nachhaltigkeit: Gemeinsam gegen die Klimakrise

GABRIELA HEINRICH:
Repression und Gewalt aus Angst vor den Frauen

MARTINA STAMM-FIBICH
Frauengesundheit braucht mehr Aufmerksamkeit

CARSTEN TRÄGER:
Ein 200-Milliarden-Euro-Abwehrschirm für Energie

JAN PLOBNER:
Dein neues Namensrecht

Herausgeber: Der Newsletter Plenum ist ein Gemeinschaftsprojekt der Bundestagsabgeordneten Martina Stamm-Fibich, Gabriela Heinrich, Carsten Träger und Jan Plobner. Für den Inhalt sind die Mandatsträger verantwortlich. Die aktuellen Datenschutzbestimmungen finden Sie auf den jeweiligen Internetseiten der Abgeordneten. Der Newsletter enthält Links zu anderen Websites. Diese Verlinkungen sind in der Regel als solche gekennzeichnet. Die Abgeordneten haben keinen Einfluss darauf, inwieweit auf den verlinkten Webseiten die geltenden Datenschutzbestimmungen eingehalten werden.

SPD
Zeit für mehr Gerechtigkeit.

Nachhaltigkeit: Gemeinsam gegen die Klimakrise

Der Bundestag debattiert über die sechs Leitprinzipien der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie als nationale Umsetzung der Agenda 2030.

Mit der im Jahr 2015 verabschiedeten Agenda 2030 hat sich die Weltgemeinschaft unter dem Dach der Vereinten Nationen zu 17 globalen Zielen für eine bessere Zukunft verpflichtet. Leitbild der Agenda 2030 ist es, weltweit ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen und gleichzeitig die natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft zu bewahren. Dies umfasst ökonomische, ökologische und soziale Aspekte. Dabei unterstreicht die Agenda 2030 die gemeinsame Verantwortung aller Akteure: Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft – und jedes einzelnen Menschen.

In einer umfassenden Debatte haben wir uns mit den sechs Leitprinzipien der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie als nationale Umsetzung der Agenda 2030 auseinandergesetzt: Soziale Gerechtigkeit/menschliches Wohlbefinden, Energiewende und Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft, nachhaltiges Bauen und Verkehrswende, nachhaltige Agrar- und Ernährungssysteme und eine schadstofffreie Umwelt.

Dabei haben unsere Bemühungen immer zwei Seiten: Die Nachhaltigkeitsziele müssen und werden von der Bundesregierung als integraler Bestandteil der Regierungsarbeit verstanden. Aber die Nachhaltigkeitsziele

funktionieren für uns nur eingebettet in den globalen Kontext.

Dazu sagte Svenja Schulze in ihrer Rede: "Die sozial-ökologische Transformation ist ein zentraler Baustein für nachhaltige Entwicklung. Aber sie steht vor großen Herausforderungen. Globale Krisen verstärken sich gegenseitig und bringen bereits erreichte Fortschritte zum Stocken. Es zeigt sich deutlicher denn je: Solidarität ist der Schlüssel zur Umsetzung der Agenda 2030. Es geht darum, ein besseres Leben für alle Menschen auf der Welt zu organisieren, ohne dass wir dabei unseren Planeten ruinieren.

Die Bürgerinnen und Bürger können nicht allein mit nationalen Gesetzen vor den Folgen des globalen Klimawandels geschützt werden. Unsere Ernährungssicherheit, unsere Energieversorgung, unsere Arbeitsbedingungen, unsere Zukunft hängt davon ab, was wir als internationale Gemeinschaft schaffen. Wir treiben internationale Allianzen und Kooperationen mit Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft voran. Und wir arbeiten mit den Partnerländern an Lösungen für die dringlichsten Herausforderungen.
Zu diesen Herausforderungen zählt ohne Zweifel die Transformation hin zur Klimaneutralität. Es ist keine Frage: Eine klimagerechte Wirtschaft bei steigendem Energiebedarf zu schaffen, ist ein immenser Kraftakt. Das gilt hier für uns in Deutschland, das gilt aber noch mehr für unsere Partnerländer. Und dabei ist mir wichtig, diesen Übergang zur Klimaneutralität sozial gerecht zu gestalten. Klimaschutz gelingt nur mit sozialer Sicherheit."

Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

gabriela.heinrich@bundestag.de

030 - 227 758 44

www.gabriela-heinrich.de

facebook.com/heinrichgabriela

SPD
Zeit für mehr Gerechtigkeit.

Repression und Gewalt aus Angst vor den Frauen

Behörden ermorden eine junge Kurdin. Die Menschen im Iran gehen auf die Straße und protestieren, das Regime antwortet mit Gewalt. Wie sind die Proteste und die staatlichen Reaktionen einzuordnen?

Foto: Achim Melde/DBT

Die iranische Sittenpolizei hatte eine junge Kurdin, Mahsa Amini, festgenommen. Ihr wurde vorgeworfen, das Kopftuch nicht gemäß der Vorschriften getragen zu haben. Ein paar Tage später starb sie. Ihre Familie wirft den Behörden vor, dass Mahsa zu Tode geprügelt wurde.

Kurz darauf begannen Proteste. Zuerst nahmen kurdische Frauen ihre Kopftücher ab und verbrannten sie, dann gingen immer mehr Menschen landesweit auf die Straßen. Die Behörden gingen gewaltsam und mit Schusswaffen gegen die Demonstrantinnen und Demonstranten vor. Die Anzahl der Toten und Verletzten ist unklar, offiziell werden etwa 60 Tote genannt, Nichtregierungs-Organisationen sprechen bislang von über 80.

In einer Rede vor dem Bundestag habe ich gesagt: "Was wir hier sehen, ist der Überlebenskampf eines Systems, das sich schon lange selbst überlebt hat. Und wir sehen auch den Überlebenskampf des Patriarchats." Die iranische Regierung hat Angst, dass jede Art von Lockerung ein Stückchen ihrer Macht abknapst. Hier geht es nicht um Religion. Vielmehr geht es um Kontrolle: über den Körper, die Selbstbestimmung und die Freiheit von Frauen. Und den Demonstrantinnen und Demonstranten geht es längst um ihre Freiheit insgesamt. Auch viele Männer protestieren! Denn die müssen zwar kein Kopftuch tragen und haben mehr Rechte als Frauen, sind aber im Iran ebenfalls unterdrückt. Organisationen wie Amnesty International listen in gruseligem Umfang auf, wie es um die Menschenrechtslage auch für Männer bestellt ist: Todesstrafe, Folter, gewaltsames Verschwindenlassen, Gewalt gegen LGBTI, Einschränkung der Meinungsfreiheit, um hier nur ein paar Beispiele zu nennen.

In einer Aktuellen Stunde im Bundestag war der Tenor einhellig dieser: Wir nehmen die eklatanten Menschenrechtsverletzungen nicht hin. Die Bundesregierung hat das gegenüber dem Iran deutlich gemacht. Und die Ereignisse im Iran zeigen, wie wichtig feministische Außenpolitik für uns und für unsere Partner in der Welt ist. Gerade dort, wo ein Regime die Freiheit unterdrückt, müssen wir eine feministische und menschenrechtsgeleitete Außenpolitik konsequent umsetzen. Wenn es um die Freiheit von Frauen geht, geht es um die Freiheit insgesamt!

Übrigens: Die ermordete Mahsa heißt eigentlich Zhina. Iranische Behörden erkennen kurdische Namen aber nicht an. Auch das ist ein Werkzeug staatlicher Unterdrückung.

Martina Stamm-Fibich | Wahlkreis Erlangen

martina.stamm-fibich@bundestag.de

030 - 227 774 22

www.stamm-fibich.de

facebook.com/martina.stammfibich

SPD
Zeit für mehr Gerechtigkeit.

Besuch aus dem Wahlkreis

Zum Ende der Doppelsitzungswoche habe ich mich über Besuch aus der Heimat gefreut: engagierte junge Menschen vom Kreisjugendring Erlangen-Höchstadt haben sich Berlin, den Bundestag und meine Arbeit angeschaut.
Sie vertreten mit den Jugendverbänden die Interessen von Kindern und Jugendlichen im Landkreis. Entsprechend lebhaft waren auch ihr politisches Interesse und unsere Diskussion über unsere Demokratie.

Frauengesundheit braucht mehr Aufmerksamkeit

Die Medizin im 21. Jahrhundert vernachlässigt noch immer die Perspektive der Frauen – das gilt sowohl für die Forschung als auch für die Versorgung. Klar ist, es herrscht dringender Handlungsbedarf, allerdings gibt es Grund für leisen Optimismus.

Es sollte kein Geheimnis sein, dass Frauen und Männer unterschiedlich krank sind. Beide Geschlechter leiden unterschiedlich häufig an Krankheiten wie Herzinfarkt, Depression oder Osteoporose. Gleichzeitig zeigen Frauen und Männer häufig unterschiedliche Symptome bei der gleichen Erkrankung. Ein und dieselbe Erkrankung bleibt deshalb bei Frauen oft unentdeckt. Der Klassiker ist in dieser Hinsicht mit Sicherheit der Herzinfarkt, dessen Warnzeichen von Ärzten häufig nicht entdeckt werden, weil sich die Forschung in diesem Bereich lange überhaupt nicht mit Frauen beschäftigt hat. Ihre spezifischen Symptome sind vielen Ärzten einfach nicht bekannt.

Ein weiteres Paradebeispiel für die fehlende weibliche Perspektive im Gesundheitswesen sind Arzneimittelstudien, die noch immer überwiegend mit männlichen Probanden durchgeführt werden. Aussagen über die Wirkung sind bei Frauen häufig mit großen Unsicherheiten behaftet. Dieser Zustand muss sich dringend ändern.

Positiv ist, dass wir aktuell mehr über diese Themen diskutieren als früher. Es entwickelt sich langsam ein Bewusstsein dafür, dass der Mann nicht länger der alleinige Orientierungspunkt bei der Ausgestaltung unseres Gesundheitssystems sein darf. Optimistisch stimmt auch, dass frauenspezifische Krankheiten wie die Endometriose oder das Lipödem, die von der männlich dominierten Medizinwelt lange Zeit leider nicht ernst genommen worden sind, mittlerweile im Bundestag ernsthaft diskutiert werden. Jetzt geht es darum, für die Behandlung dieser Erkrankungen die richtigen Strukturen zu schaffen. Dafür werde ich mich mit aller Kraft einsetzen.

Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

carsten.traeger@bundestag.de

030 - 227 778 01

www.carsten-traeger.de

facebook.com/carstentraegermdb

SPD
Zeit für mehr Gerechtigkeit.

Ein 200-Milliarden-Euro-Abwehrschirm für Energie

Wir halten unser Versprechen: Niemand in Deutschland wird mit den hohen Energiepreisen alleingelassen. Zusätzlich zu den beiden Entlastungspaketen über 95 Milliarden Euro führen wir eine Strompreisbremse und eine Gaspreisbremse ein. Deutschland packt das.

Der Angriff Russlands auf die Ukraine ist auch ein Angriff auf Europa und unser Land. Russland kämpft nicht nur einen militärischen Krieg in der Ukraine, Russland nutzt auch Energie als Waffe. Mit Gaslieferungen aus Russland ist nicht mehr zu rechnen. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen des russischen Angriffskriegs belasten die Menschen und die Wirtschaft in unserem Land stark – die steigenden Energiekosten haben eine hohe Inflation ausgelöst. Dadurch geht Kaufkraft verloren, unsere Unternehmen verlieren Wettbewerbsfähigkeit, viele Menschen haben Sorgen, wie sie ihre Strom- und Gasrechnungen bezahlen sollen.

Auf diese Ausnahmesitutation geben wir eine entschlossene Antwort: Mit einem umfassenden Abwehrschirm aus Strompreisbremse, Gaspreisbremse und einem neu ausgerichteten Wirtschaftsstabilisierungsfonds werden wir die steigenden Energiekosten und die schwersten Folgen für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen abfedern.

DIE STROMPREISBREMSE

Für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie kleine und mittlere Unternehmen soll künftig ein Basisstromverbrauch subventioniert werden. Der

darüberhinausgehende Verbrauch wird zum Marktpreis abgerechnet. So wird der Endkundenpreis für Strom gesenkt und von den hohen Preisen am Großhandelsmarkt entkoppelt. Das entlastet und setzt zugleich einen Anreiz, Strom einzusparen. Auch die übrigen Unternehmen, insbesondere große Industrieunternehmen, werden entlastet, indem ein spezifischer Basisverbrauch verbilligt wird.

DIE GASPREISBREMSE

Im Rahmen der Gaspreisbremse soll der Preis für einen Teil des Gasverbrauchs auf einem Niveau begrenzt werden, das die Haushalte und Unternehmen nicht überfordert. Gleichzeitig soll ein Anreiz zur Verringerung des Verbrauchs erhalten bleiben. Die genaue Ausgestaltung der Gaspreisbremse wird unter Berücksichtigung der Vorschläge einer Expertenkommission festgelegt werden, die bereits Mitte Oktober einen entsprechenden Bericht vorlegen soll.

DER WIRTSCHAFTS-STABILISIERUNGSFONDS

Der Wirtschaftsstabilisierungsfonds wird mit zusätzlichen Kreditermächtigungen über 200 Milliarden Euro ausgestattet. Er soll die Gaspreisbremse finanzieren und die Liquidität der Strompreise sicherstellen. Zu seinen Aufgaben werden aber auch Stützungsmaßnahmen für aufgrund des Krieges in Schwierigkeiten geratene Unternehmen gehören sowie die Finanzierung von Ersatzbeschaffungskosten für aufgrund des Krieges in Schwierigkeiten geratene und für die Marktstabilität relevante Gasimporteure.

Die Gasumlage ist so nicht mehr notwendig und wird nicht erhoben. Die Mehrwertsteuer auf Gas und neu auf Fernwärme wird trotzdem bis zum Frühjahr 2024 auf 7 Prozent gesenkt. Wir haben dafür gesorgt, dass die Gasspeicher zu 90 Prozent gefüllt sind und stellen die Strom- und Gasversorgung weiter sicher. Jetzt sorgen wir dafür, dass die Energie für alle bezahlbar bleibt. Wir sind wir bei der Bundestagswahl angetreten für mehr Respekt und soziale Politik – wir halten unser Versprechen.

Jan Plobner | Wahlkreis Nürnberger Land und Roth

jan.plobner@bundestag.de

030 - 227 71 577

www.jan-plobner.de

facebook.com/janplobner.5

SPD
Zeit für mehr Gerechtigkeit.

Dein neues Namensrecht

Wie wir das deutsche Namensrecht reformieren wollen – und warum dieses technische Gesetz ganz konkrete Auswirkungen auf uns alle hat.

Rechtspolitisch laufen aktuell die Vorarbeiten und Vorbereitungen für zahlreiche Projekte heiß: Im Lauf der nächsten Monate werden wir im Bundestag eine ganze Reihe großer und wichtiger Gesetzgebungsverfahren bearbeiten.

Auf eines dieser Projekte freue ich mich als gelernter und praktizierender Standesbeamter dabei ganz besonders: Das Namensrecht soll nach knapp fünfzig Jahren endlich gründlich reformiert und auf den Stand der Zeit gebracht werden. Was im ersten Moment vielleicht technisch klingen mag, hat im Alltag vieler Menschen doch erhebliche Auswirkungen. Das möchte ich gern an drei Beispielen verdeutlichen.

Viel diskutiert ist die Frage nach echten Doppelnamen: Wenn man nicht den eigenen Namen behalten möchte, entscheidet man sich bei der Eheschließung aktuell für einen gemeinsamen Ehenamen – seit der letzten großen Reform 1975 also immerhin nicht mehr automatisch der Name des Mannes. Die Person, deren Name dabei das Nachsehen hat, darf ihren Familiennamen dann zwar noch als „Anhängsel“ behalten. Von einem echten Doppelnamen kann hier allerdings keine Rede sein. Deshalb ist es gut und richtig, wenn wir in der anstehenden Reform auch ermöglichen, dass ein Ehepaar und auch ein daraus hervorgegangenes Kind einen tatsächlich zusammengesetzten Doppelnamen führen. Die zahlreichen Zuschriften, die uns zu diesem Thema erreichen zeigen es, und ein Blick in die Gesellschaft unterstreicht: Ehen werden mehr und mehr auf Augenhöhe gelebt. Es ist daher höchste Zeit, diese Augenhöhe auch im Namensrecht abzubilden.

Ein anderer Aspekt dieser Reform, der uns sehr am Herzen liegt, zeigt gleichsam die Komplexität solcher Projekte: Das deutsche Namensrecht kennt (im Gegensatz beispielsweise zu osteuropäischen Regelungen) keine geschlechtsspezifischen Nachnamen. Diese im Kern begrüßenswerte Norm hat aber zur Konsequenz, dass aktuell auch Sorben keine geschlechtsspezifischen Namen führen können. Diese anerkannte und auch europarechtlich geschützte nationale Minderheit entdeckt nach einer starken Marginalisierung zu DDR Zeiten seit einigen Jahren ihre so schützenswerte Identität wieder – was vor allem die sorbische Sprache betrifft, aber eben auch traditionell sorbische Namen mit Geschlechtsspezifik. Im Gesetzgebungsverfahren wird es nicht ganz einfach, aber wir werben mit Hochdruck dafür, die Identität der Sorben zu unterstützen und dafür auch für diese Personengruppe die Möglichkeit von geschlechtsspezifischen Namen zu ermöglichen.

Und schlussendlich ist für mich als Standesbeamter ein großer Schritt, wenn wir es mit der anstehenden Reform schaffen, das nahezu unendliche Sammelsurium an Einzelregelungen und Zuständigkeiten in unterschiedlichen Gesetzen und bei unterschiedlichen Ämtern zu vereinheitlichen. In der Anwendung ist es hilfreich, wenn alle namensrechtlichen Regelungen in einem Gesetz gebündelt werden. Aber auch im Sinne allgemeiner Bürokratiearmut und damit im Interesse von uns Bürger*innen ist eine solche Bündelung gut und richtig!